

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 7. März 2019 / Jeudi après-midi, 7 mars 2019

Finanzdirektion / Direction des finances

39 2018.RRGR.558 Motion 194-2018 SP-JUSO-PSA (Zryd, Magglingen)
Steuerdetektive jetzt!

39 2018.RRGR.558 Motion 194-2018 PS-JS-PSA (Zryd, Macolin)
Des détectives pour lutter contre les infractions fiscales

Der Vizepräsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Hannes Zaugg-Graf prend la direction des délibérations.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 39, einer Motion der SP-JUSO-PSA. Sie wird von Andrea Zryd vertreten. Ich erteile ihr das Wort.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Ich möchte mit einem Zitat unseres Präsidenten beginnen, der aber gerade Kaffee trinken geht oder warum auch immer den Saal verlässt. Vor knapp zwei Jahren sagte er: «Die SP verbeisst sich in vage Vermutungen, welche sie dem Steuerzahler in die Schuhe schiebt.» Ich habe vor zwei Jahren einen ähnlichen Vorstoss eingereicht. Damals wussten wir jedoch noch nicht, wie es mit den globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) aussehen wird. Ich habe das bereits damals erwähnt und auch den Kanton darauf hingewiesen, dass es wahrscheinlich eine ähnliche Problematik geben werde. Ich denke, er würde sich heute anderes dazu äussern. Ungefähr 40 Mio. Franken an Steuergeldern werden zusätzlich hineingespült. Kolleginnen und Kollegen, jetzt bietet sich uns die Gelegenheit, in der nächsten halben Stunde, ganz viel Geld zusätzlich hineinzuspülen. Ich weiss, es gab eine gewisse Konfusion wegen des Begriffs Steuerdetektiv. Ein Steuerdetektiv ist eigentlich einem Steuerinspektor gleichzusetzen, also ähnlich wie es bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) ist. Ich habe das abgeklärt. Es geht nicht darum, mit dem Feldstecher im Garten oder im Badezimmer oder wo auch immer zu stehen. Es geht darum, Steuerdeklarationen durchzuackern und, wo nötig, zu kontrollieren. Ich habe mir auch sagen lassen, dass die Kantone grundsätzlich relativ autonom wären. Es ist nicht ganz klar, wie das im Moment ist. Es ist ein ziemlicher Wirrwarr. Ich bin eigentlich der Ansicht: Wo ein Wille ist, ist ein Weg, weswegen der Kanton vorwärtsmachen müsste.

Bereits im Jahr 2012 wurde von Béatrice Stucki ein Vorstoss (*M 191-2012*) eingereicht. Er wurde als Postulat überwiesen. Der Wortlaut war ähnlich. Anscheinend wurde man aber seither nicht schlauer. Man hat nicht mehr Personal, im Gegenteil: Mit dem Sparpaket mangelt es noch stärker an Personal, und man kann noch weniger kontrollieren. Ich vermute auch, dass es mit dem ganzen AIA, mit den Steuerdossiers, nicht schaden würde, wenn man mehr Personal hätte. Das sind die Hauptaspekte, die ich erläutern wollte. Alles andere scheint mir relativ klar.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu Sozialdetektiven und Steuerdetektiven. Ich war übrigens keine Gegnerin der Sozialdetektive, ich finde das in Ordnung. Obwohl es wahrscheinlich ein Nullsummenspiel ist, finde ich es korrekt, dass man einen Betrug ahndet und es auch dementsprechend behandelt. Das steht für mich ausser Frage. Wenn wir nun Millionenbeträge in unsere Kasse spülen können, dann tun wir es doch. Entschuldigen Sie bitte, aber Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt! Das müssen wir genau gleich angehen. Deshalb kommt dieser Vorstoss so daher. Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr gespannt auf die Diskussion. Ich werde mir dann überlegen, was ich mit diesem Vorstoss machen werde. Diese Lücke muss im Kanton Bern nun zweifellos geschlossen werden. Bitte, bitte, Parlament, jetzt müssen wir ein Zeichen setzen! Solange Frau Regierungsrätin Beatrice Simon noch da ist, ist das eine Chance. Wir wissen nicht, was in einem Jahr sein wird.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern; als Erstes Grossrat Daniel Arn für die FDP.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). In der Antwort der Regierung steht ein Satz, der für uns im Zentrum steht. Denn dort steht, dass es für den Einsatz von Steuerdetektiven eine Gesetzesänderung auf nationaler Ebene braucht. Damit ist für uns schon alles gesagt. Zudem sind wir der Überzeugung, dass die Instrumente der Steuerverwaltung vollkommen ausreichend sind. Zusätzlich verunmöglicht der automatische Informationsaustausch, der am Anlaufen ist, praktisch das Parkieren von Vermögen im Ausland. Es wird immer transparenter. Wir können ja auch feststellen, dass diese Selbstanzeigen, eben gerade in Hinblick auf den automatischen Informationsaustausch, Rekordwerte erzielt haben. 2018 waren es in Bern über 3500 Selbstanzeigen, mit Vermögenswerten von rund 500 Mio. Franken. Nur schon das ergibt einen geschätzten Steuerertrag von gegen 24 bis 25 Mio. Franken. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen wir diese Steuerdetektive weiter ihren Whisky trinken wie Philip Maloney. Die FDP ist ganz klar dagegen.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Von der FDP habe ich auch nichts anderes erwartet. (*Heiterkeit / Hilarité*) Es ist interessant, wie der Regierungsrat das Anliegen, Steuerhinterziehung wirkungsvoll zu bekämpfen, auf die leichte Schulter nimmt. Er verurteilt Steuerhinterziehung – muss das ja eigentlich auch. Wenn es aber um Massnahmen gegen Steuerhinterziehung geht, wird immer abgewinkt. Steuerpolitik ist eines der zentralen Elemente einer Regierungspolitik. Mit der Steuerpolitik wird Einfluss genommen auf die Struktur des öffentlichen Haushaltes. Steuern bewirken eine Umverteilung des zur Verfügung stehenden Geldes. Es ist also die Steuerpolitik, welche die Richtung der Vermögensverteilung vorgibt. Geht das Geld von unten nach oben oder von oben nach unten, wie es sich eigentlich für einen auf Solidarität beruhenden Wohlfahrtsstaat gehört? – Es sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge, welche es möglich machen, Vermögen zu generieren. Reichtum entsteht durch die Beteiligung aller Menschen an der Wertschöpfung. Es ist also selbstverständlich, dass ein Teil der angehäuften privaten Vermögen in Form von Steuergeldern dem Staat zur Verfügung gestellt wird, damit dieser sich in angemessener Form um das Gesamtwohl der Gesellschaft kümmern kann. Das heisst, er muss einen Weg finden, das Geld möglichst gerecht umzuverteilen und auszugeben.

Der Regierungsrat versteckt sich hinter der nationalen Gesetzgebung, um selbst nichts zu unternehmen und ist dann überrascht, dass über 3 Mrd. Franken am Fiskus vorbei geschleust werden. Ja, ich bin auch überrascht – dass Sie davon überrascht sind! Sie hätten es kommen sehen müssen. Jeden Vorstoss mit denselben Anliegen haben Sie mit denselben Argumenten bachab geschickt. Im Prinzip bin ich persönlich gegen das System der Detektive. So bin ich auch gegen Sozialdetektive und gegen Steuerdetektive, und zwar weil ich überzeugt bin, dass mit guten, transparenten Methoden Betrug und Hinterziehung entdeckt werden können. Da sich der Regierungsrat in dieser Frage aber zu passiv verhält, unterstütze ich persönlich auch das Anliegen der Motionäre. Liebe Regierungsrätin, gab es eine gesetzliche Basis für Steuerdetektive? Und: Wie haben Sie es geschafft, dass die nötigen rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen wurden? Warum soll es bei Steuerhinterziehung nicht möglich sein, ebenfalls die rechtlichen Grundlagen zu schaffen wie bei den Sozialhilfedetektiven? – Es wäre an der Zeit, dass die Regierung des Kantons endlich alles unternimmt, um Steuerhinterziehung aufzudecken und die Beiträge einzuziehen. Mit diesem Geld könnte der grösste Teil der Ausgaben im Sozialbereich finanziert werden. Offensichtlich fehlt der Wille, und es fehlen nicht die rechtlichen Grundlagen. Der Regierungsrat wird weiterhin staunen über die Steuerhinterziehung, solange hier nicht systematisch ernsthafte Massnahmen ergriffen werden. Die Grünen unterstützen die Motion.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Wenn der Kanton Bern diese Steuerdetektive hätte, müssten wir in Zukunft hier über keine Sparpakete mehr diskutieren. Das tönt so einfach. Gemäss einer Motion aus dem Kanton Aargau ist das aber überhaupt nicht möglich. Da keine Revision des Steuerstrafrechts vorgesehen ist, lehnt die BDP diese Motion ab. Die BDP setzt auf Eigenverantwortung. Trotzdem waren wir doch etwas überrascht über diese Selbstanzeigen. Die BDP ist selbstverständlich gegen jegliche Steuerhinterziehung. Einem Postulat könnte die BDP grossmehrheitlich zustimmen. Bei Annahme als Postulat erwartet die BDP, dass das Thema bei der nächsten Finanzdirektorenkonferenz auf den Tisch kommt.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Wir stehen selbstverständlich für einen liberalen Staat ein, der den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viel Freiheit lässt und der möglichst lenkt und nicht verbietet. Wir sind selbstverständlich als Grünliberale Partei auch für die Wahrung der Privatsphäre. Allerdings sind wir auch der Meinung, dass der Staat schauen muss, dass seine gesetzlichen Ansprüche

und seine Gesetze eingehalten werden. Dies selbstverständlich immer unter Wahrung der Verhältnismässigkeit. Dass der Staat seine Ansprüche durchsetzt, das gilt beispielsweise im Sozialwesen, es gilt in der öffentlichen Sicherheit, aber es gilt insbesondere auch im Steuerbereich. Deshalb sind wir der Meinung, dass man im Steuerbereich diese Steuerbeamten einstellen sollte, sofern der Return on Investment stimmt, zusätzliche Steuerbeamte also wirklich auch zu deutlich mehr Steuereinnahmen führen. Die Steuerbeamten sollten die Möglichkeiten, die sie wahrnehmen können, effektiv auch wahrnehmen – noch einmal: immer unter Wahrung der Verhältnismässigkeit. Wir vermuten wegen der Beobachtungen, die wir im letzten Jahr machen konnten, als der AIA eingeführt wurde, als plötzlich selbstständig mehrere Milliarden an Vermögen deklariert wurden, dass relativ viel Steuersubstrat vor dem Staat versteckt wird. Entsprechend vermuten wir auch, dass man mit zusätzlichen Steuerbeamten, die effizient arbeiten, wirklich zu deutlich mehr Steuereinnahmen käme. Fazit: Wenn der Return on Investment stimmt, sind wir dafür, dass das Steueramt dort aufrüstet. In diesem Sinne können wir diesem Vorstoss auch als Postulat zustimmen, und zwar einstimmig. Wenn wir den Begriff Steuerdetektiv aussen vor lassen und ihn im Sinne einer schlagkräftigeren und mit genügend Munition versorgten Steuerverwaltung interpretieren, finden wir das sehr gerechtfertigt. Betreffend die Motion allerdings können wir mehrheitlich der Logik der Antwort des Regierungsrates folgen. Der Begriff Steuerdetektiv ist belegt. Diesen gibt es auf eidgenössischer Stufe. Auf kantonaler Stufe gibt es den Begriff nicht, respektive ist das nicht möglich. Deshalb würden wir das als Motion mehrheitlich nicht annehmen.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Liebe Andrea Zryd, ich empfehle Ihnen im Namen unserer Fraktion wirklich, die Motion in ein Postulat zu wandeln. Denn dann haben wir die Möglichkeit, hier Massnahmen zu ergreifen. Es wird, wie bereits erwähnt wurde, sehr schwer, das Anliegen in Form einer Motion zu unterstützen. Wenn wir aber ein Postulat haben, können wir die Massnahmen ergreifen, die es braucht, um Steuerhinterziehung anzugehen. Ob es hierzu mehr Mitarbeiter braucht, ist fraglich. Es braucht vielleicht entsprechende Instrumente, es braucht den Datenaustausch, den wir international bereits haben. Die Frage ist offen, wie das interkantonal ist. Diesbezüglich gilt es, einige Fragen zu klären. Wir empfehlen Ihnen deshalb, in ein Postulat zu wandeln. Dann ist die EVP bereit, hier mitzuhelfen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrätin Ursula Marti.

Ursula Marti, Bern (SP). Andrea Zryd hat unsere Motion ja bereits begründet. Ich werde auf Dinge eingehen, die in der Diskussion angesprochen wurden. Ein erster Punkt ist die Rechtmässigkeit. Die Bundesvorgaben bieten sehr viele Möglichkeiten, um die Aktivitäten der Steuerdetektive oder Steuerinspektoren innerhalb des bestehenden Rahmens zu verstärken. Ob Steuerdetektive oder Steuerinspektoren – wie man sie nennt, ist eigentlich egal. Der Name spielt keine Rolle. Wichtig ist, welche Aufgabe sie haben. Es gibt noch Luft nach oben. Andrea Zryd hat es bereits gesagt: Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Man versteckt sich ein wenig hinter diesem Gesetz, wenn man jetzt sagt, dass es einfach nicht möglich sei. Andrea Zryd hat das abgeklärt; da gibt es noch Möglichkeiten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt, dass in der Schweiz 8,3 Prozent der Einnahmen nicht versteuert werden. Andere Schätzungen sind sogar noch höher. Die Selbstanzeigen in Zusammenhang mit dem AIA haben gezeigt, dass es mehrere Milliarden Franken Vermögen gibt, die nicht versteuert wurden. Da hat man auch immer gesagt: «Ja, das ist nicht so viel, das ist vernachlässigbar.» Nun hat man gesehen, dass dem eben nicht so ist. Es gibt mehr Steuerdelikte, als man meint. Wenn man jetzt, nachdem wir diese Tatsachen kennen, jetzt wo wir wissen, dass diese Delikte viel umfangreicher sind, als wir meinten, sagt, man müsse nichts unternehmen, dann können wir das nicht verstehen. Wir sind froh um diejenigen Fraktionen, die mithelfen, dass man da jetzt genauer hinschaut, zumindest mit einem Postulat.

Ein dritter Punkt: Dieser Vorstoss ist eine Anspielung auf die Versicherungsdetektive im Sozialbereich. Es ist aus unserer Sicht ausserordentlich störend, wir bemängeln das wirklich, dass man bei der Sozialhilfe und bei den IV-Bezüglern und IV-Bezügerinnen bis tief ins Privatleben, sogar bis in einen intimen Bereich hinein kontrolliert. Das ganze Leben wird durchleuchtet. Im Bereich der Steuerdelikte, dort, wo es notabene um viel mehr Geld geht, ist man nicht bereit, das auch nur annähernd zu tun und dort die notwendigen Kontrollen durchzuführen. So wie es im Moment ist, können wir es nicht akzeptieren. Man spricht zum Beispiel vonseiten der BDP von Selbstverantwortung. Man misst mit ungleichen Ellen: Bei der Sozialhilfe zählt Selbstverantwortung offenbar nichts, aber

bei den Steuern soll die Selbstverantwortung dann das Mass aller Dinge sein. Wir sehen das anders. Wir möchten da wirklich strenger sein und bitten Sie, bei dieser Motion mitzuhelfen.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Ich kann es relativ kurz machen. Die SVP lehnt diesen Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ab. Nicht, weil die SVP damit sagen möchte, dass es im Kanton oder in der Schweiz keine Leute gibt, die Steuern nicht sauber deklarieren. Aber wir sind überzeugt, dass die Steuerverwaltung mit den Möglichkeiten, die sie bereits hat, ihre Arbeit sehr gut machen kann. Weil der Datenaustausch angesprochen wurde, muss man noch eins erwähnen: Man konnte lesen, dass auf dem grössten Teil der Konten, die gemeldet wurden, weniger als 1000 Franken drauf waren. Die ganze Aufarbeitung ergibt einen riesigen Aufwand. Es ist nicht so, dass man 700 000 Steuerhinterzieher erwischte, wenn 700 000 Konten gemeldet wurden. Klar, die SVP ist selbstverständlich der Meinung, dass man genau hinsehen soll. Die SVP unterstützt in keiner Art und Weise Steuerhinterziehung. Wir sind jedoch überzeugt, dass die Steuerverwaltung bereits die Mittel hat. Ich glaube, das kann jeder selbstständige Unternehmer bestätigen, der selber auch schon einer Steuerprüfung unterzogen wurde. Meine Wenigkeit hat das auch erlebt. Ich hatte den Eindruck, da sei sauber gearbeitet worden. Da wurde sehr genau gearbeitet. Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Steuerverwaltung an irgendetwas vorbei guckt. Wie gesagt: Die SVP lehnt, egal in welcher Form, diesen Vorstoss ab, weil wir überzeugt sind, dass bereits gute Arbeit geleistet wird.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Kommen wir zu den Einzelsprechern: Christian Bachmann, SP.

Christian Bachmann, Nidau (SP). Genau hingucken, das bedeutet, genug Personal zur Verfügung zu haben. Zugegeben tönt «Steuerdetektiv», der in der Motion verwendete Ausdruck, populistisch; das tönt nach Aufklärung von kriminellen Handlungen. Man kann es weniger populistisch sehen: Die Steuerverwaltung braucht mehr Leute, mehr Personal. Sie wissen – das wurde jetzt bereits mehrfach erwähnt –, dass mit dem AIA begonnen wurde. Schon allein die Ankündigung dieser neuen Handhabung von Daten hat, wie Sie lesen und heute hören konnten, Selbstanzeigen von Vermögen in Milliardenhöhe zur Folge gehabt. Für den Kanton Bern wird das Mehreinnahmen von mehreren 10 Mio. Franken Steuern bedeuten. Doch kann man jetzt nicht die Hände in den Schoss legen. Wenn der Datenaustausch jetzt fliesst, dann müssen die Angaben bearbeitet werden, dann braucht es Leute, die mit diesen Daten etwas tun. Dass sich das auszahlt, zeigen schon allein diese Selbstanzeigen, die auf die Ankündigung des Datentransfers folgten. Es braucht aber auch mehr Leute in der Steuerverwaltung, die Steuerverhalten im Inland untersuchen können, die nachschauen können, ob ein Briefkasten zu einem realen Geschäft gehört, ob eine Adresse wirklich bewohnt wird und anderes mehr. Man kann sie Steuerdetektive nennen, man kann sie auch einfach als Angestellte der Steuerverwaltung bezeichnen. Es wird auf der Steuerverwaltung auch nicht weniger Arbeit geben, wenn dann der Finanzdatenaustausch im Inland erfolgt. Das fordert eine eingereichte Motion. Mit «Sozialdetektiven» kann man Ausgaben in relativ geringem Umfang verhindern. Mit Steuerdetektiven, oder eben – neutraler ausgedrückt – Angestellten der Steuerverwaltung, können die Einnahmen vergrössert werden. Es sind Einnahmen von grösserem Ausmass. Stimmen Sie der Motion zu und erst recht dann, wenn sie in ein Postulat gewandelt wird.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Es werden immer die Sozialinspektoren gegen die Steuerinspektoren ausgespielt. Ich bin selbst im Vorstand der Sozialinspektion. Ich kann Ihnen sagen: Es ist richtig, dass es diese gibt. Es gilt auf beide Seiten: Ob man Steuern hinterzieht oder bei den Sozialleistungen betrügt – beides ist nicht sauber, und es ist richtig, dass man dort hinschaut. Doch auch dort: Man geht nicht überall hin. Man geht nur dorthin, wo ein Verdacht besteht. Das ist für mich ein richtiges Vorgehen. Man kann ja nicht einfach einen Allgemeinverdacht hegen und sagen, jeder betrüge. So ist es nicht. Aber, dort wo man merkt, dass wahrscheinlich etwas nicht stimmt, muss man hinschauen. Es wurde bereits erwähnt, und jeder von uns, der eine Firma hat, weiss das. Etwa alle zehn Jahre erscheint bei mir ein Steuerexperte. Ich nehme an, bei Verdacht finden die Kontrollen häufiger statt.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Es ist hier im Rat mehrmals der Begriff der Eigenverantwortung gefallen. Ich denke, dieser ist wichtig, gerade bei den Steuern. Dies, weil wir ja wirklich eine Selbstdeklaration machen, am Ende unterschreiben und bestätigen: Jawohl, wir haben es richtig gemacht. Und doch, das wurde in einigen Voten erwähnt, gab es diese Selbstanzeigen. Das heisst, diese Selbst-

verantwortung wird so wahrgenommen, dass man sie zwar eigentlich wahrnimmt, aber eben doch nicht. Das mit den Steuern ist eben auch ein wenig ein Kavaliersdelikt und ein Spielchen: Wo findet man noch eine Lücke, wo findet man noch eine Möglichkeit? – Diese Woche wurde die neue Tausendernote vorgestellt. Sie haben sicher alle etwas darüber in der Zeitung gelesen. Etwa, dass man mit diesem grossen Geldschein auf kompaktem Raum Geld transportieren kann. Eine Grafik fand ich wahnsinnig, und wohl alle anderen auch, die sie gesehen haben. Sie zeigt, dass der Bedarf an Tausendernoten Ende Jahr immer einen wahnsinnigen Peak aufweist. Danach sinkt der Bedarf wieder, und am nächsten Jahresende gibt es wieder diesen Peak. Das heisst: Es muss ganz viele Leute im Kanton Bern und in der Schweiz geben, die sich sagen: Ich hole jetzt mein Vermögen, lege es zu Hause ein wenig unter meine Matratze und Ende Januar bringe ich es dann wieder zur Bank. Genau für solche Fälle wäre es spannend, wenn es Detektive gäbe, die vielleicht einmal unter die Matratze schauen würden. Stimmen Sie doch dieser Motion zu. Wenn die Eigenverantwortung da ist, kann man es nämlich auch kontrollieren, ohne dass man Angst haben muss.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Die Motionärin wünscht vor der Regierungsrätin das Wort. Die Regierungsrätin hat bereits angekündigt, sie brauche etwas länger als anderthalb Minuten. Deshalb verschieben wir das auf Montag.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Ich wandle in ein Postulat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Oberländerinnen seien sture Böcke. Ich verhalte mich jetzt einmal etwas anders. Ich glaube, das Wort Steuerdetektiv ist irgendwie ganz negativ behaftet. Aus diesem Grund ziehe ich die Motion zurück. Ich hoffe aber, dass man dann wirklich gute gesetzliche Grundlagen schaffen kann, um dieser Problematik auf den Grund zu gehen. Denn diese gibt es. Das kann keine Geiss wegschlecken. Ich vertraue auf die Parteien, die jetzt mein Postulat unterstützen, dass sie mich weiterhin unterstützen werden. (*Zwischenruf aus dem Saal. / Exclamation dans la salle.*) Ja, ich habe den Vorstoss in ein Postulat gewandelt. Ich sagte, dass ich hoffe, ich werde auch in Zukunft bei meinem Anliegen unterstützt. – Die Emmentaler scheinen noch weniger zu begreifen als die Oberländer. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Also, noch einmal, Sie haben es gehört: Diese Motion ist in ein Postulat gewandelt worden. Jetzt können Sie sich noch überlegen, was Sie damit tun wollen. Wir werden am Montag darüber abstimmen. Das Präsidium wünscht Ihnen ein schönes Wochenende, eine gute Heimkehr und am Montag eine gute Rückkehr in den Rat.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 15.55 Uhr. / Fin de la séance à 15 heures 55.

Die Redaktorinnen: / Les rédactrices :

Corinne Zalka Schweizer (d)

Eva Schmid (f)